

Informationen

Editorial

Die Zahl der selbstständigen Freiberufler ist zum Jahresbeginn 2019 auf 1.432.000 geklettert. Und Freiberufler beschäftigen insgesamt rund 4.030.000 Personen. Das sind erstmals mehr als vier Millionen. Angesichts dieser Dynamik und der »enormen Wirtschaftskraft«, wie es die bayerische EU-Spitzenfrau der Freien Wähler, Ulrike Müller, formuliert, wäre es nur recht und billig, die Freien Berufe auch auf EU-Ebene zu definieren, als Garant für Qualität und Verbraucherschutz. Dafür, dass wir das können, haben wir schon Jahrzehnte lang den Nachweis erbracht. Zwar gilt es nun auch, den mit der Digitalisierung einhergehenden Wandel zu gestalten. Dabei werden sicher auch neue Strukturen entstehen, aber an wichtigen Eckpfeilern der Freiberuflichkeit darf nicht gerüttelt werden: Das ist die fachliche Unabhängigkeit des Freiberuflers. Das sind Selbstverwaltung und Berufsregeln. Das sind Qualität und Verantwortung statt eines Diktats des niedrigsten Preises. Für diese Positionen haben wir hierzulande eine parteiübergreifende Mehrheit an Kombattanten im europäischen Parlament – ob sie nun unsere Forderung nach einer Legaldefinition der Freiberuflichkeit unterstützen oder nicht. Die Zweifel aber bleiben, ob sich Freiberuflichkeit »Made in Germany« trotz Wohlwollens hiesiger Politiker als Exportmodell etablieren kann. ●



Michael Schwarz,
Präsident des
Verbandes Freier
Berufe in Bayern

Deutsche Abgeordnete sollen sich für EU-Legaldefinition einsetzen

Europäische Charta der Freien Berufe gefordert

Der Verband Freier Berufe in Bayern (VFB) nimmt mit Erleichterung zur Kenntnis, dass die pro-europäischen Parteien die stärkste Kraft im künftigen EU-Parlament darstellen und der befürchtete starke Zuwachs populistischer und EU-skeptischer Parteien auch aufgrund der gestiegenen Wahlbeteiligung ausgeblieben ist. Der VFB fordert nun alle 96 deutschen Abgeordneten im Europäischen Parlament auf, sich für eine Legaldefinition der Freien Berufe einzusetzen. Beim parlamentarischen Abend gab es zu diesem Thema ein zustimmendes und ein ablehnendes Lager.



Von links: VFB-Präsident Michael Schwarz, MdEP Ulrike Müller (Spitzenkandidatin Freie Wähler), Arno Metzler, Präsident der Gruppe III »Vielfalt Europa« des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses, MdEP Prof. Dr. Angelika Niebler (CSU), Grüne-Spitzenkandidatin Henrike Hahn, Horst Arnold, Vorsitzender der BayernSPD-Landtagsfraktion

Bis heute fehlt auf europäischer Ebene ein gemeinsames Verständnis von Freiberuflichkeit sowie ein einheitlicher Politikansatz gegenüber Freien Berufen. »Europa muss künftigen Bedürfnissen der Freien Berufe besser gerecht werden und deren Mehrwert für die europäische Gesellschaft erkennen, anerkennen und sicherstellen, dass die Freien Berufe nicht ausschließlich auf Grundlage rein marktwirtschaftlicher Kriterien

beurteilt werden«. Hintergrund dieser Forderung ist der regelmäßige Versuch der Europäischen Kommission, die

Zitat

»Die Kammersysteme der Freien Berufe sind ein klares Exportmodell für ganz Europa, ein echter Mehrwert für alle Bürger.«

Bernd Zimmer, Vorsitzender des Verbandes Freier Berufe Nordrhein-Westfalen

Berufsregeln in den Freien Berufen abzubauen mit der Begründung, auf diese Weise mehr Wachstum im Dienstleistungsbinnenmarkt zu generieren. »Dies erkennt, dass das Regulierungssystem für freiberufliche Dienstleistungen in Deutschland vor allem auf Qualität und Verbraucherschutz ausgerichtet ist«, so Schwarz.

Das Präsidium des Verbandes Freier Berufe in Bayern fordert die neu und wiedergewählten deutschen Politikerinnen und Politiker im Europäischen Parlament auf, sich für die Verabschiedung einer Europäischen Charta der Freien Berufe einzusetzen und hofft auf einen EU-Kommissionspräsidenten, der sich künftig für dieses Anliegen einsetzen wird.

Schon beim parlamentarischen Nachmittag Ende März in München fand dazu eine breitgefächerte Diskussion mit bayerischen und EU-Parlamentariern statt, die Stellung bezogen zu Freiberuflichkeit, Dienstleistungsfreiheit und Qualitätsorien-

tierung. Europakenner *Arno Metzler*, von 1992 bis 2012 Hauptgeschäftsführer des Bundesverbands der Freien Berufe, moderierte die Diskussion. Heute steht der Rechtsanwalt als Präsident der Gruppe III »Vielfalt Europa« im europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss vor.

Die Diskutanten – *Prof. Dr. Angelika Niebler*, Vorsitzende der CSU-Europa-Gruppe, *Ulrike Müller* von den Freien Wählern, *Henrike Hahn*, Bündnis 90/ Die Grünen sowie *Horst Arnold*, Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion – beantworteten Metzlers Fragen zu Wert und Zukunft der Selbstverwaltung und des Berufsrechts bei den regulierten Berufen und dem Umgang mit dem Binnenmarktpaket angesichts einer starken Fokussierung der EU-Kommission auf grenzüberschreitenden Wettbewerb im Dienstleistungsbereich. Insgesamt erfolgte ein klares Bekenntnis zum Wert der Freien Berufe und der herausragenden Stellung in Bezug auf Verbraucher-

schutz, Qualität der Dienstleistungen und Qualität der Berufsausbildung.

Während der Diskussion kristallisierte sich heraus, dass die Zusammenarbeit der deutschen Parlamentarier im EU-Parlament über Parteigrenzen hinweg einen hohen Stellenwert genießt.

Bei der Frage, wer sich für eine Definition der Freien Berufe auf europäischer Ebene einsetzen würde, gab es zwei Lager. CSU und Freie Wähler stehen hinter dieser Forderung angesichts der »enormen Wirtschaftskraft und der sozialen Leistungen« der Freien Berufe (Müller). Für die Grünen lehnte Henrike Hahn die Forderung ab. Eine gesetzliche Definition sei angesichts der Vielfalt der Strukturen in den EU-Mitgliedstaaten wenig hilfreich. Mit einer Auslegung sei nichts gewonnen, sagte Horst Arnold. Man müsse vielmehr das Bewusstsein dafür schärfen, gemeinsam vorzugehen, und nicht noch mehr Grenzen gegenüber den Gewerbetreibenden einziehen. ●

Joachim Herrmann im Gespräch mit dem Verband Freier Berufe in Bayern

Wie geht Datenschutz bei Unternehmensübergaben?

Datenschutz bei Unternehmensübergaben der Freien Berufe war ein zentrales Thema des Verbandes Freier Berufe in Bayern im Gespräch mit Bayerns Innenminister Joachim Herrmann. Der Minister sagte dabei zu, gemeinsam mit dem Verband und dem Landesamt für Datenschutz Empfehlungen zu erarbeiten.



Von links: VFB-Geschäftsführerin Julia Maßmann, VFB-Ehrenpräsident Dr. Fritz Kempter, VFB-Präsident Michael Schwarz, Innenminister Joachim Herrmann, VFB-Vizepräsident Dr. Markus Beck, stv. VFB-Geschäftsführerin Elke Lütz

Es bestünden Unsicherheiten, was mit den Patientenunterlagen geschehe, wenn es keinen Praxis-/Kanzleinachfolger gibt,

so die Bedenken des Verbandes. Die Rechtsanwaltskammer nehme in diesen Fällen die Akten in ihre Obhut. Die Kosten

dafür würden über Mitgliedsbeiträge gedeckt. Die übrigen Kammern der Freien Berufe würden dies aber noch nicht so handhaben. VFB-Präsident *Michael Schwarz* stellte die Frage, ob man sich hierüber im Innenministerium bereits Gedanken mache.

Innenminister *Joachim Herrmann* entgegnete, das Problem sei noch nicht offiziell an ihn herangetragen worden. Es sei aber völlig legitim, dies zu tun. Die Sensibilität für Datenschutz sei gewachsen und das Problem betreffe auch nicht nur Ärzte, sondern Rechtsanwälte und andere Freie Berufe bzw. auch jeden Handwerker. Er sei deshalb gerne bereit, zusammen

mit dem Landesamt für Datenschutzaufsicht hier eine Einschätzung zu erarbeiten, um Empfehlungen herausgeben zu können. Zu diesem Zwecke wird ein Gespräch zwischen Vertretern des Ministeriums, des Bayerischen Landesamtes für Datenschutzaufsicht und des Verbandes Freier Berufe ins Auge gefasst.

Schwarz lobte in diesem Zusammenhang die Umsetzung der Datenschutzgrundverordnung mit »Augenmaß« durch Ministerium und Landesamt für Datenschutzaufsicht, das die Umsetzung als »Beratungsstelle und nicht als Bußgeldstelle« begleitet habe. ●

Droht in Bayern ein Ärztemangel?

Gibt es in Bayern zu wenig Ärzte? Während die FDP im Bundestag von einem »Märchen« spricht, hält der Präsident der bayerischen Ärztekammer, Dr. Gerald Qutterer, im Interview dagegen.

● **Die Zahl aller gemeldeten Ärztinnen und Ärzte in Bayern ist im letzten Jahr auf rund 84.500 gestiegen. Trotzdem ist von einem drohenden Ärztemangel die Rede. Wie können Sie das erklären?**

Die aktuelle Situation der medizinischen Versorgung der Bevölkerung in unserem Land ist gekennzeichnet durch eine Zunahme der Morbidität infolge der demographischen Entwicklung, aber auch durch erweiterte Chronikerprogramme und medizinischen Fortschritt. In den Kliniken müssen mit der Umsetzung der Arbeitszeitgesetze mehr Arztstellen geschaffen werden. Die Bürokratie verschlingt wertvolle Arztarbeitszeit. Die Inanspruchnahme der Ressource Arzt steigt unbegrenzt. Die Zahlen des Statistischen Bundesamtes sprechen für sich: Zwischen 2009 und 2017 stieg die Zahl der Behandlungsfälle in den Krankenhäusern von 17,8 auf 19,5 Millionen. Hinzu kommen etwa eine Milliarde Arztkontakte jährlich in den Praxen. Die Zahl der Ärztinnen und Ärzte wächst zu langsam, um diese enormen Herausforderungen zu bewältigen.

● **Der Würzburger Internist Professor Andrew Ullmann, Obmann der FDP-Fraktion im Gesundheitsausschuss des Bundestags, spricht von einem Märchen, wenn er das Wort »Ärztemangel« hört. Und die Zahl der Studienplätze ist seiner Meinung nach auch ausreichend. Jammert hier eine Lobby auf ganz hohem Niveau?**

Wir brauchen mehr Studienplätze für Medizin in Deutschland. Daran führt kein Weg vorbei, wenn wir die medizinische Versorgung in unserem Land künftig mit Ärztinnen und Ärzten sichern wollen. Die Zahl der Studierenden in der Humanmedizin seit der Wiedervereinigung ist deutlich zurückgegangen. Im Wintersemester 1990/91 gab es noch über 95.000 Studierende, im Wintersemester 2015/16

knapp unter 90.000. Nach Angaben des Zentralinstituts für die kassenärztliche Versorgung arbeiten niedergelassene Vertragsärzte im Durchschnitt etwa 50 Stunden pro Woche. In den Krankenhäusern sind Wochenarbeitszeiten über 60 Stunden keine Seltenheit. Die Aussagen von Ullmann sind in Anbetracht dieser Zahlen ein Affront gegen die vielen Kolleginnen und Kollegen, die jeden Tag am Limit arbeiten. Tatsächlich finden wir aktuell für die Praxen niedergelassener Ärztinnen und Ärzte keine Nachfolger und auch in den Kliniken fehlt der ärztliche Nachwuchs. Hier jammert keine Lobby auf hohem Niveau. Hier werden Realitäten benannt, hier geht es um Versorgung der Bevölkerung in unserem Land.

● **Bei der ärztlichen Versorgung in Bayern klafft eine große Lücke zwischen Stadt und Land. Wie dramatisch schätzen Sie diese Situation ein?**

Die Versorgungssituation muss differenziert betrachtet werden. Wir registrieren auch in den so genannten Metropolregionen München, Nürnberg usw. Stadtviertel, die für einige Facharztgebiete von Unterversorgung bedroht sind und in den Innenstädten haben wir gleichzeitig eine gewisse Überversorgung. Natürlich sind Infrastruktur, wie weiterführende Schulen, Verkehrsanbindung, Internetverbindung, Kulturangebote, Standortfaktoren für Ärzte. Die Versorgungsformen haben sich geändert. Mehr junge Kolleginnen und Kollegen sind in Teilzeit oder in der Anstellung tätig, die Umsetzung der Arbeitszeitgesetze und die Aufteilung der Fachgebiete in den Kliniken bedarf auch dort einer steigenden Zahl von Ärztinnen und Ärzten. Zusammen genommen führt dies dazu, dass dennoch nicht mehr Köpfe in der Versorgung ankommen. Zu fordern sind deshalb neben einer Erhöhung der Studienplätze für Medizin Model-



Dr. Gerald Qutterer

le, die in die Zukunft gerichtet sind: flexiblere Teilzeit-Niederlassungen und Wochenarbeitszeiten, Erleichterung von Filialbildungen und Kooperationen, Nebentätigkeiten von Klinikärztinnen und -ärzten in der ambulanten Versorgung und vor allem gewollter Abbau von Bürokratie.

● **Fast 13 Prozent der Praxisärzte waren im Jahr 2018 bereits älter als 65. Besonders groß ist dieser Anteil bei den Hausärzten. Ist der Hausarzt eine aussterbende Spezies?**

Wenn man bedenkt, wie lange es dauert, bis man sich niederlassen kann, stehen wir mit 54 Jahren mitten im Leben und ja, wenn wir nichts ändern, dann ist nicht nur der Hausarzt eine aussterbende Spezies. Und dennoch: Bei den Facharztanerkennungen in der Allgemeinmedizin zeichnet sich seit Jahren ein Plus ab, sodass der Nachwuchs wenigstens in Sicht ist. Hier trägt die Arbeit unserer Koordinierungsstelle Allgemeinmedizin Früchte, haben wir doch eine Zunahme von 192 (2011) auf 265 (2018). Und auch die Förderprogramme greifen. Hausärzte sichern einen wesentlichen Teil der ambulanten Versorgung und sind primärer Ansprechpartner in allen Gesundheitsfragen. Sie übernehmen die entscheidende Funktion der Koordination mit den Fachärzten und dem Kliniksektor.

Kurz gemeldet

BFB-Präsident Ewer wiedergewählt

Die Mitgliederversammlung des Bundesverbandes der Freien Berufe (BFB) hat mit überwältigender Mehrheit den Rechtsanwalt *Prof. Dr. Wolfgang Ewer*, Präsidiumsmitglied des Deutschen Anwaltvereins, als BFB-Präsident im Amt bestätigt. Mit dem Deutschen Bundesverband Informationstechnologie für Selbständige ist eine weitere namhafte Freiberuflerorganisationen in den BFB aufgenommen worden. Neuer Schatzmeister und Vizepräsident ist der bisherige Vizepräsident *Dr. Björn Demuth*, Präsident des Landesverbandes der Freien Berufe Baden-Württemberg. Dem Präsidium gehören zudem zwei Vizepräsidentinnen und fünf Vizepräsidenten an. Wiedergewählt wurden: *Dipl.-Ing. Barbara Ettinger-Brinckmann*, Präsidentin der Bundesarchitektenkammer, *Dr. Andreas Gassen*, Vorstandsvorsitzender der Kassenärztlichen Bundesvereinigung, *Dipl.-Ing. Hans-Ulrich Kammeyer*, Präsident der Bundesingenieurkammer, und *Dipl.-Pharm. Friedemann Schmidt*, Präsident der ABDA-Bundesvereinigung Deutscher Apothekerverbände. Neu im BFB-Präsidium sind: *Dr. Wolfgang Eßer*, Vorsitzender des Vorstandes der Kassenzahnärztlichen Bundesvereinigung, der bisher Mitglied des BFB-Vorstands war, *Dipl.-Bw. Volker Kaiser*, Vizepräsident der Bundessteuerberaterkammer, und *Regina Vieler*, Vizepräsidentin der Wirtschaftsprüferkammer.

Ingenieurekammer hat 7.000 Mitglieder

Der Diplom-Ingenieur *Maik Linner* aus dem Landkreis Weilheim ist das 7.000. Mitglied der Bayerischen Ingenieurekammer-Bau. »Die Mitgliederzahl der Bayerischen Ingenieurekammer-Bau ist seit ihrer Gründung 1990 kontinuierlich gestiegen. Dabei gibt es bei uns im Unterschied zu anderen Kammern keine verpflichtende Mitgliedschaft. Jedes einzelne Mitglied ist freiwillig bei uns – aus Überzeugung«, freut sich Präsident *Prof. Dr. Norbert*

Gebbeken. Die Bayerische Ingenieurekammer-Bau habe in den vergangenen zehn Jahren eine große Entwicklung durchgemacht. Weg von der Verwaltungskammer, hin zur Service- und Dienstleistungskammer. Gerade Angebote wie die Rechts- und Ingenieurberatung, Beratungen zur Existenzgründung und Unternehmensnachfolge oder kostenfreie Arbeitshilfen wie die Mustersenior- und Musterarbeitsverträge sind häufig genannte Gründe für die Mitgliedschaft in der Bayerischen Ingenieurekammer-Bau.

Freie Berufe beschäftigen mehr als vier Millionen

Die Zahl der selbstständigen Freiberufler klettert zum Jahresbeginn 2019 auf 1.432.000. Das ist ein Plus von 1,8 Prozent gegenüber dem Vorjahreswert von 1.407.000 Personen. Sie beschäftigen insgesamt rund 4.030.000 Personen. Gegenüber dem Vorjahreswert von 3.891.000 Personen sind das 3,6 Prozent mehr. Das Institut für Freie Berufe in Nürnberg (IFB) hat für den Bundesverband der Freien Berufe e.V. (BFB) die Statistik zu den Selbstständigen in den Freien Berufen zum Stichtag 1. Januar 2019 erhoben.

Freiberufler: Digitalisierung mehr Chance als Risiko

Das Institut für Freie Berufe hat für den Bundesverband der Freien Berufe eine repräsentative Umfrage unter rund 2.000 Freiberuflern zum Thema Digitalisierung durchgeführt. Mehr als acht von zehn Freiberuflern rechnen damit, dass die Digitalisierung bis zum Jahr 2025 stark (47 Prozent) oder sogar sehr stark (38,7 Prozent) auf ihre Tätigkeit durchschlägt. Gut ein Achtel (12,8 Prozent) sieht kaum Einflüsse. Nur vereinzelt (1,5 Prozent) werden keine Effekte erwartet. Mehr als zwei Drittel (69,5 Prozent) sehen die Digitalisierung als Chance, für lediglich jeden Dritten überwiegen die Risiken (30,5 Prozent). Gefragt danach, was ihnen wichtiger ist, priorisieren knapp zwei Drittel (61,3 Prozent) mehr Tools, um den Datenschutz sicherzustellen. Für gut jeden Dritten (38,7 Prozent) ist eine schnellere und leistungsfähige

Internetverbindung gewichtiger. Nur für knapp jeden Dritten (29,2 Prozent) stimmen die politischen Rahmen- bzw. Wettbewerbsbedingungen, um die Chancen der Digitalisierung gut nutzen können. Der weitaus größere Teil (70,8 Prozent) sieht störende Aspekte.

VFB und Grüne für lebendige Kommunen

Bei einem gemeinsamen Arbeitsfrühstück im Bayerischen Landtag am 8. Mai 2019 stellten Grüne und Freie Berufe viele Übereinstimmungen fest. Für die Forderung nach wohnortnaher Versorgung in der Fläche haben sich die Grünen seit jeher eingesetzt und die Freien Berufe, die über das ganze Land Dienstleistungen nahe am Menschen erbringen, stellen diese sicher. Die Kommune der Zukunft sehe momentan leider so aus, dass sich zunehmend keine Geschäfte, Praxen, Apotheken, Kanzleien, Architekten mehr in den Ortschaften befinden, sondern sich in den Randbezirken große Supermarktketten ansiedeln bzw. in der nächsten Kreisstadt. Es stelle sich die Frage, was geschehen müsse, um kleinteilige Strukturen zu erhalten. Die Rückgewinnung der Lebendigkeit in den Kommunen sei zukünftiges gemeinsames Thema von Grünen und Freien Berufen.

VFB zu Gast bei Landtagspräsidentin Aigner



Ende Mai trafen sich VFB-Präsident *Michael Schwarz* mit Vizepräsidenten *Christian Schnurer* und der Geschäftsführung des Verbandes zu einem Gedankenaustausch mit Landtagspräsidentin *Ilse Aigner*. Thematisiert wurde die Situation der Freien Berufe im Land Bayern, die Zukunftsfähigkeit und Nachhaltigkeit der Infrastruktur im ländlichen Raum und der Metropolregion.

Termine

Der traditionelle Sommerempfang des Verbandes Freier Berufe in Bayern, begleitet von der Vernissage, findet heuer am 18. September um 18 Uhr in den Räumen der VFB-Geschäftsstelle, Türkenstraße 55 in München statt.

Die Delegiertenversammlung des Verbandes Freier Berufe in Bayern ist für den 20. November um 15.30 Uhr terminiert. Die öffentliche Veranstaltung im Anschluss beginnt um 18.30 Uhr.

Tipp

Den Bundesverband der Freien Berufe erfüllt es mit Sorge, dass in fast allen EU-Mitgliedstaaten die etablierten Kräfte der Mitte verloren haben und die Ränder erstarkt sind. Er hält dagegen, dass Freiberufler das Selbstverständnis pflegen, dass ein offener Austausch stattfindet, innerhalb der Disziplin, aber auch über die Grenzen hinweg. »Alle Tendenzen, die auf Meinungsunterdrückung abzielen, beunruhigen darum. Grundsätzlich sind wir ganz klar für Europa. Das schließt aber nicht aus, dass wir bestimmte Maßnahmen der EU-Kommission ablehnen, die wir für sachwidrig und rechtlich problematisch halten«, so Ewer im Handelsblatt-Interview vom 16. Mai 2019.

Impressum

Ausgabe 3, 20. Jahrgang
ISSN 1438-9320
Herausgeber:
Verband Freier Berufe
in Bayern e.V.
Türkenstraße 55,
80799 München
Telefon 089 2723-424,
Fax 089 2723-413
Gestaltungskonzept, Layout:
engelhardt
atelier für gestaltung
Mühdorfa.Inn
Erscheinungsweise:
vierteljährlich